

SUBMISSIONSPODIUM – Am von der Wirtschaftskammer mitorganisierten Podium diskutierten Vertreter des Aescher Gewerbes und der Gemeinde über die Vergabe öffentlicher Aufträge.

Zu viel Bürokratie bei der Vergabe

Wenn sich KMU um öffentliche Aufträge bewerben, führt dies immer wieder zu Fragen, Unmut und Frustration. Und das nicht nur seitens des Gewerbes sondern auch seitens der Behörden, welche die Aufträge zu vergeben haben.

Um den Austausch zwischen der Gemeinde Aesch und dem ortsansässigen Gewerbe zu fördern, setzten der Gewerbeverein Gewerbe und Industrie Aesch und die Gemeinde Aesch die Idee für ein Submissionspodium in die Tat um.

Lokales Gewerbe unterstützen

Am von der Wirtschaftskammer Baselland organisierten Anlass im Mehrzweckraum des Alterszentrums «Im Brüel» nahmen am 16. September rund 40 Personen teil. Vertreten waren das lokale Gewerbe und die Gemeindebehörden. Gemeinde- und Landratspräsidentin **Marianne Hollinger** betonte, dass dem Gemeinderat und auch ihr selber die Berücksichtigung des einheimischen Gewerbes ein zentrales Anliegen sei. «Wenn genügend qualifizierte Anbietende mit Sitz in Aesch vorhanden sind, werden Aufträge



Landrat Markus Meier, stv. Direktor der Wirtschaftskammer (r.), referiert vor dem Publikum des Submissionspodiums. Sabrina Häring, Aescher Gemeinderätin, Philipp Rupp von Rupp Rechtsanwälte und Gemeindepräsidentin Marianne Hollinger (v.l.) hören zu. FOTO MÄCHLER

beim freihändigen oder Einladungsverfahren in der Regel keinem auswärtigen Anbietenden erteilt», so die Aescher Gemeindepräsidentin.

Michael Dreier, Präsident von Gewerbe und Industrie Aesch, vermerkte als Vertreter des lokalen Gewerbes, dass die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Aesch sehr gut sei. Weniger erfreulich sei hingegen der massive administrative Aufwand, den ein KMU bei einer Angebotserstellung

betreiben müsse. Dies gelte es in Zukunft zwingend zu verbessern.

Dass dies nicht so einfach geht, verdeutlichte **Philipp Rupp** von Rupp Rechtsanwälte. Denn die auf internationalen Übereinkünften wie dem GATT/WTO-Abkommen aufsetzenden nationalen und kantonalen Gesetzesregelungen könnten nicht umgangen werden. Der administrative Aufwand hänge auch von Umfang und Komplexität des jeweiligen Auf-

trags ab, sagte Rupp. Die Aescher Gemeinderätin **Sabrina Häring** zeigte, dass die Gemeinde beim Wasserleitungsprojekt Eichbergweg im Jahr 2013 trotz geschätzten Kosten von 181 000 Franken ein Einladungsverfahren gewählt hat – obwohl sie den Auftrag bei diesem Betrag auch freihändig hätte vergeben können.

Für einen wirksamen Wettbewerb

Die Gemeinde wollte damit für einen wirksamen Wettbewerb sorgen. Dabei seien die für die Vergabe wichtigen Kriterien – Preis, Bauprogramm oder Personalfragen – sowie deren Gewichtung im Voraus verfahrenskonform festgelegt worden.

In der Diskussion kritisierten einige Gewerbevertreter gerade dieses Vorgehen. Die Höhe der Preis-Gewichtung bei öffentlichen Beschaffungen war ebenfalls umstritten. Die intensive Debatte zeigte, dass es bei öffentlichen Beschaffungen keine Ideallösungen gibt. Über eines jedoch bestand Einigkeit: Die Bürokratie rund um die öffentlichen Aufträge stellt für KMU die grösste Hürde dar. Sie muss dringend abgebaut werden. *Alexandra Mächler*

KMU FRAUEN

Firmenbesuch der KMU-Frauen bei der Safruits in Münchenstein

Früchte werden auf Termin reif



Safruits-Verwaltungsratspräsident Alex Bosshart erklärt den Prozess der Bananenreifung. FOTO WOLNIK

Wie kommt es, dass die Bananen im Gestell immer genau die richtige Reife aufweisen, nicht mehr hart, aber auch noch nicht matschig oder gar faul sind? Möglich macht dies die Firma Safruits in Münchenstein, nach Migros und Coop die drittgrösste Bananenreiferei der Schweiz. Das Geheimnis der Reifung auf den richtigen Termin besteht darin, den Früchten zur richtigen Zeit die richtige Kälte zuzuführen.

Das verlangsamt den Reifeprozess künstlich. Und das erlaubt, den gewünschten Reifegrad zu einem festgesetzten Zeitpunkt zu erreichen. Nach einer kurzen Begrüssung durch KMU-Frauen-Präsidentin **Susanne Speiser** liessen sich die KMU Frauen anlässlich ihres Firmenbesuchs bei der Safruits in Münchenstein eingehend in die Geheimnisse der Fruchtereifung einweihen.

Safruits-Verwaltungsratspräsident **Alex Bosshart** wies dabei unter anderem darauf hin, dass in seinem Unternehmen bis zu 250 Tonnen Bananen zeitgleich zur Reife geführt werden können. «Kunden können zum Beispiel sagen, sie hätten gerne sechs Tonnen Bananen mit einem bestimmten Reifegrad an einem bestimmten Tag – und wir stellen die entsprechende Qualität sicher», sagte Bosshart. Möglich werde dies unter anderem durch unterschiedlich kalte Kühlräume von null über fünf bis zu zwölf Grad und natürlich durch leistungsstarke Tiefkühler.

Frisches und Getrocknetes

Die Führung durch die Firma, deren Gelände eine Fläche von rund 6000 Quadratmetern umfasst, stiess bei den rund 20 KMU-Frauen auf reges Interesse. Sie erfuhren unter anderem, dass das Unternehmen bereits 1932 als AG für Fruchthandel gegründet wurde, 1964 das Lager- und Betriebsgebäude auf dem damaligen Bahnhofkühlhausareal in Basel erstellt wurde und 1992 in Dornach eine zusätzliche Bananenreiferei den Betrieb aufgenommen hat. 2008 bezog das Unternehmen schliesslich in Münchenstein seinen Neubau, von wo aus zahlreiche Kunden direkt beliefert werden. Dabei handelt es sich nicht nur um Detailhändler, sondern auch um Restaurants oder Kantinen.

Das Sortiment umfasst nicht nur Bananen, sondern weit mehr, zum Beispiel Kernobst, Beeren, Trauben, Melonen und Steinfrüchte aus aller Herren Länder. Dabei ist das Sortiment auch abhängig von der Jahreszeit: Saisongemüse und Schnittsalate gibt es täglich frisch. Und von Oktober bis Januar haben Erdnüsse Hauptsaison. «Nach Bedarf rösten und verpacken sich die Erdnüsse aber auch das ganze Jahr», so Bosshart. Trockenfrüchte wie Datteln, Feigen und Baumnüsse runden das Sortiment ab.

Der Firmenbesuch der KMU-Frauen bei der Safruits war fester Bestandteil des Jahresprogramms. Der Anlass wurde mit einem feinen Apéro beschlossen, den die Anwesenden für einen regen Gedankenaustausch nutzten.

Daniel Schindler

POLIT-KOLUMNE

Ohne Selbstverantwortung keine Solidarität

Vor drei Jahren reichte der Zürcher SVP-Gesundheitspolitiker Toni Bortoluzzi im Nationalrat eine Parlamentarische Initiative ein, deren Zweck im Titel mit zweifelsfreier Klarheit umschrieben wird: «Komatrinker sollen Aufenthalte im Spital und in Ausnüchterungszellen selber bezahlen.» Das Krankenversicherungsgesetz (KVG) dürfe nicht mehr die Gesamtheit der obligatorisch Versicherten für die Kostenfolgen medizinischer Notversorgung von Personen beanspruchen, welche wegen exzessiven Alkohol- und Drogenmissbrauchs in Spitälern und Arrestzellen landeten. Dafür seien die Kostenverursacher selber oder deren gesetzliche Vertreter haftbar zu machen.

Das auf dem Solidaritätsgedanken («einer für alle, alle für einen») basierende Krankenversicherungswesen stösst dort an Grenzen, wo der Missbrauch des Systems beginnt. Die Begründung des Initiators lässt diesbezüglich keine Fragen offen: «Immer mehr Menschen lassen sich die Folge ihrer Zügellosigkeit oder Sucht durch die Allgemeinheit finanzieren, indem die medizinischen Behandlungskosten durch die solidarische Krankenversicherung getragen werden.» Dieses Problem komme einem massiven Missbrauch des Solidaritätsgedankens gleich und müsse unverzüglich angegangen werden, schreibt Bortoluzzi. «Der Entscheid, in übermässigem Masse Alkohol zu konsumieren oder Drogen zu missbrauchen, ist vermeidbar und liegt in der Eigenverantwortung eines jeden Bürgers. Es ist eine Zumutung für die Allgemeinheit, diese massiven Kosten tragen zu müssen.»

Bortoluzzis Absicht, das so oft gepriesene Verursacherprinzip künftig auch in diesem Bereich anzuwenden, hat den parlamentarischen Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) beider Kammern der Bundesversammlung auf Anhieb eingeleuchtet. Mitte August dieses Jahres ist das vorbereitende Gremium des Nationalrats darum bereits auf einen Entwurf zur Änderung des KVG



Peter Amstutz, ehemaliger Leiter der Bundeshaus-Redaktion der «Basler Zeitung»

eingetreten. Die Kommissionsmehrheit befand nach einer Grundsatzdiskussion über Alkoholprävention, Selbstverschulden im Bereich der Gesundheit und Grenzen der Solidarität: «Wenn eine Zecherei im Spital endet, soll die Krankenkasse nicht für die Kosten aufkommen. Wer nach übermässigem Alkoholkonsum medizinisch versorgt werden muss, soll die Kosten vollständig selber tragen.»

Rauschtrinkern müsse mit finanziellen Konsequenzen eine Grenze aufgezeigt werden, wenn sie zu Lasten der Allgemeinheit Missbrauch betrieben, wurde befunden. Nur so lasse sich die Eigenverantwortung stärken. Offen blieben einzig noch die Fragen, ob die neuen Bestimmungen befristet eingeführt und deren Wirkung wissenschaftlich ergründet werden soll oder nicht. Einleuchtend oder nicht? Schliesslich kürzt jede Haftpflichtversicherung im Schadenfall ihre Leistungen, wenn Verursachern ein Selbst- oder Mitverschulden nachgewiesen werden kann. Doch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP), die dieses Jahr ihren 125. Geburtstag feiert, geht gegen den Hand-

lungsansatz Bortoluzzis und der beiden SGK auf die Barrikaden.

Man sage Ja zu einer Schweiz des Miteinanders statt des Gegeneinanders, argumentiert die SP Schweiz: «Wir wollen Alkoholexzesse verhindern statt Patienten bestrafen.» In der linken Lesart heisst das: «Ausbau der Prävention durch Mindestpreise für hochprozentigen Alkohol, Regulierungen beim Alkoholverkauf durch Einschränkung der nächtlichen Verkaufszeiten sowie Verbot von Discount- und Lockvogelangeboten» für alle Konsumenten. Die Mehrheit der Grundvernehmigen soll sich zur Schonung des Geldbeutels einer Komasaufmilderheit gefälligst an Vorschriften halten, die es für sie gar nicht braucht. Diesen aberwitzigen Vorschlag preist die SP Schweiz als «griffige Massnahme» an, «um die negativen Folgen des Alkoholkonsums speziell bei Jugendlichen einzudämmen». Hemmungslose Trunkenbolde für die von ihnen verursachten Notfall-Gesundheitskosten haftbar zu machen, das findet die Linke «brandgefährlich». Sie fabuliert, es könnte ja passieren, dass besoffene Jugendliche sich aus Angst vor Kostenfolgen nicht mehr ärztlich behandeln liessen. Dabei werden diese von Rettungsdiensten meist in einem Zustand eingeliefert, der jegliches Nachdenken verunmöglicht. Die SP fabuliert weiter, wenn man «Alkoholpatienten» zur Kasse bitte, dann werde die Selbstverantwortung bald auf Raucher, Übergewichtige oder Risikosportler ausgeweitet. In diesem Einwand steckt ungewollt ein bemerkenswerter Denkansatz. Wenn es der SP ernst sein sollte mit der Solidarität, dann müsste sie ihre Nein-Position zur KVG-Revision aufgeben und auf Bortoluzzis Linie der Selbstverantwortung einschwenken. Das wäre auch hilfreich gegen die ständigen Prämienhöhungen der Krankenversicherungen.

Der Autor gibt seine eigene Meinung wieder. Diese muss sich nicht mit jener der Wirtschaftskammer decken.

IMPRESSUM

standpunkt

Herausgeber/Verlag:

Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Schwarztorstrasse 26, Postfach 8166, 3001 Bern, Tel. 031 380 14 14 - verlag@sgv-usam.ch
Redaktion sgz: Schwarztorstrasse 26, 3007 Bern Tel. 031 380 14 14 - redaktion@sgv-usam.ch

Regionalbund «Standpunkt»

Herausgeber: ■ Wirtschaftskammer Baselland ■ Arbeitgeber Baselland ■ Unabhängiges Podium für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft, Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50

Internet: www.kmu.org

E-Mail: standpunkt@kmu.org

Verantwortung: Christoph Buser, Direktor

Redaktion/Umbruch: Reto Anklin (ra)

Produktion: IWF, Postfach 633, 4410 Liestal

Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen

Adressänderungen:

Bitte an Wirtschaftskammer Baselland

E-Mail: standpunkt@kmu.org

Der Abdruck von Textbeiträgen mit vollständiger Quellenangabe ist erlaubt.